

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

29.10.2015

Pressemitteilung Nr. 17/654

Schwarz: Peinliche Panikmache der CDU beim Thema Maßregelvollzug

Das Sozialministerium unterrichtete heute ausführlich über die Entweichung von fünf Patienten aus dem Maßregelvollzug in Brauel. Die Unterrichtung fand im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration im Niedersächsischen Landtag statt.

Dazu erklärt Uwe Schwarz, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion: „Die erfolgte Entweichung hatte eine neue Qualität und Brutalität, die zur Flucht geführt haben. Dennoch konnten die Patienten innerhalb kürzester Zeit von der Polizei wieder gefasst werden“. In der heutigen Unterrichtung wurde deutlich, dass in der Einrichtung in Breuel weder Personalmangel herrschte, noch die Einrichtung überbelegt war. „Fast alle Räume der Einrichtung sind kameraüberwacht. Es liegen aktuelle Fotos der Patienten und weitere Informationen vor“, so Schwarz.

Das niedersächsische Sozialministerium hat bereits angekündigt, kurzfristig weitere Maßnahmen in Brauel durchzuführen, um die Sicherheitsvorkehrungen weiter zu erhöhen und derartige Vorkommnisse zu vermeiden.

In Brauel wurden in der Vergangenheit bereits die Zäune erhöht und 57 zusätzliche Stellen geschaffen, um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden.

„Unter der ehemaligen Sozialministerin Frau Özkan (CDU) kam es zu massiven Entweichungen aus dem Maßregelvollzug. Ich habe in meiner langjährigen Parlamentszugehörigkeit derartige Ereignisse nie genutzt, um zu skandalisieren und den Rücktritt der Ministerin zu fordern. Für mich ist das auch eine Form des Anstands“, erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, der bereits seit 1986 Mitglied des Landtags ist. Leider gehe die CDU zunehmend den Weg der Skandalisierung und sei nicht an einer gemeinschaftlichen Abarbeitung des Themas interessiert.

„Im Mittelpunkt steht der Schutz der Patientinnen und Patienten, der Mitarbeiter in den Einrichtungen und der Bevölkerung im Mittelpunkt“, machte der SPD-Sozialexperte deutlich. Der SPD-Abgeordnete wirft der CDU Panikmache vor. „Es sollte nicht vergessen werden, es geht hier um die Resozialisierung von Menschen, die per Gerichtsentscheid aus Krankheitsgründen nicht in den Strafvollzug übergeben wurden“, so Schwarz.

Auch im aktuellen Fall in Brauel konnte das Ministerium vollständige Unterlagen für die Fahndung an die Polizei aushändigen. Die Phantomdebatte durch eine verpflichtende erkennungsdienstliche Behandlung von Patienten zukünftig das Problem zu lösen, sei mehr als populistisch. Schon jetzt liegen in Niedersachsen die nötigen Unterlagen vor.

„Aus therapeutischer Sicht sollte an dem Verfahren der Freiwilligkeit festgehalten werden. Andere Bundesländer, die eine erkennungsdienstliche Behandlung verpflichtend eingeführt haben, verzeichnen auch keine größeren Fahndungserfolge“, stellt Uwe Schwarz richtig.